

Stellungnahme zum angeblichen „Fachkräftemangel“ und zur Entscheidung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat wieder einmal umgesetzt, was ihr neoliberale Propagandisten als unumgänglich erklärt haben. Um dem angeblichen Fachkräftemangel Herr zu werden, hat Merkels Kabinett bestehende Hürden zur Beschäftigung der Fachkräfte aus Staaten außerhalb Deutschlands und der EU beseitigt. Als Begründung wird die akute Not vieler Unternehmen angeführt, die angeblich dringend Fachkräfte einstellen wollten, diese jedoch auf dem nationalen Arbeitsmarkt nicht fänden.

Es mag tatsächlich für manche Berufsgruppen, beispielsweise Vulkaniseure, Elektroinstallateure und Ärzte, einen vorübergehenden Fachkräftemangel geben, der zuallererst als Indiz für die vernachlässigte Aus- und Weiterbildung in der Vergangenheit aufgefasst werden muss. Diese singuläre Erscheinung wurde jedoch seit längerem propagandistisch dazu benutzt, der Öffentlichkeit zu suggerieren, es gäbe in Deutschland schon bald einen flächendeckenden Fachkräftemangel. Rainer Brüderle wurde, als er Wirtschaftsminister war, nicht müde, den Fachkräftemangel zum „Schlüsselproblem“ für Deutschlands Arbeitsmarkt zu erklären. Er sprach des öfteren sogar von Vollbeschäftigung, die nicht mehr weit entfernt sei. Der Arbeitsgeberpräsident Dieter Hundt forderte unentwegt wirksame Maßnahmen gegen den angeblichen Fachkräftemangel. Die Arbeitsministerin von der Leyen ließ es sich nicht nehmen, sich an die Spitze der Protagonisten für die Beschäftigung ausländischer Fachkräfte zu setzen. Die Abschaffung der Vorrangsprüfung für Ingenieure und Ärzte durch das Bundeskabinett ist für sie nur der erste Schritt. Durch den Kabinettsbeschluss sollen deutsche Unternehmer ausländische Fachkräfte etwa aus Indien an der Bundesagentur für Arbeit vorbei direkt einwerben dürfen.

Gibt es aber wirklich einen Mangel an Fachkräften in Deutschland? Die Zahlen sprechen zunächst einmal für sich: Gesamtgesellschaftlich stehen jeder offenen Stelle 8 registrierte Arbeitslose gegenüber. Bezogen auf Fachkräfte kam eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2010 zum Ergebnis, dass „bei fast allen Fachkräften die Zahl der Arbeitslosen höher als die der offenen Stellen“ ist. Gleichzeitig seien, dieser Studie zufolge, mehr Fachkräfte arbeitslos als vor zwei Jahren. In den Ingenieursberufen sei, so weiterhin die Studie, in den nächsten Jahren sogar mit einer Fachkräfteschwemme zu rechnen. Auch ökonomische Gesetze strafen die These vom Fachkräftemangel Lügen. Von steigenden Löhnen auf dem Arbeitsmarkt, die als Folge der Fachkräfteknappheit unvermeidlich wäre, ist jedenfalls weit und breit keine Spur.

Die Mär vom Fachkräftemangel dient also offensichtlich dazu, die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen. Nach wie vor sind nach offiziellen Angaben ca. 3 Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommen 1,7 Millionen nicht registrierte Arbeitslose und 2 Millionen unfreiwillige Teilzeitbeschäftigte, die 1 Million Vollzeitjobs entsprechen. Auch die Zahl der atypischen Beschäftigung, wie Leiharbeiter, Minijobber und befristet Beschäftigter, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Nicht unwichtig ist, dass ferner der Lohnniedrigsektor seit 1995 um 2 Millionen auf 6,5 Millionen und damit auf 22 Prozent aller Beschäftigten gestiegen ist. Dabei haben 79,5 Prozent von ihnen eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen.

Von Fachkräftemangel kann also überhaupt keine Rede sein. Richtig ist dagegen, dass ein Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzmangel vorherrscht. Seit beinahe zwei Jahrzehnten hinkt die Zahl der Ausbildungsplatzangebote der Unternehmer weit hinter dem Bedarf hinterher. Der Anteil der 20 - 29-Jährigen ohne Berufsausbildung ist in den letzten Jahren auf 17 Prozent gestiegen. Der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hätte hier also ein beträchtliches Potential, das er zur Bewältigung des Fachkräftemangels mobilisieren könnte, anstatt landauf landab das Lied des Fachkräftemangels zu singen. Ihm und seiner neoliberalen Gefolgschaft scheint offensichtlich viel mehr daran zu liegen, der Mär vom Fachkräftemangel propagandistisch Nahrung zu verschaffen, um die verschärfte Konkurrenz zwischen ausländischen und inländischen Fachkräften zu rechtfertigen und das faktische Überangebot an Fachkräften, dazu noch durch die Beschäftigung von billigen Fachkräften aus Indien und anderen außereuropäischen Staaten, auch in Zukunft zu sichern. Schließlich bescherte das seit langem bestehende Lohndumping der deutschen Wirtschaft eine sukzessive Umverteilung von der Lohn- zur Kapitalseite im Umfang von mehreren Hundert Milliarden Euro, was sich in der drastischen Senkung der Brutto-Lohnquote von 75,2 Prozent in 1980 auf 66,3 Prozent in 2010 widerspiegelt. Die beabsichtigte Senkung der Verdienstuntergrenze von 66.000 € auf 44.000 € pro Jahr, die die Arbeitsministerin von der Leyen als weitere Maßnahme noch für die nächsten Wochen vor der Sommerpause angekündigt, weist jedenfalls in diese Richtung der Zementierung des Lohndumpings.

29. Juni 2011